

Umweltbewusstsein in Deutschland 2018

Zentrale Befunde



Methodik der Umweltbewusstseinsstudie

Die Umweltbewusstseinsstudie wird zum 12. Mal vorgelegt. Seit 1996 wird im Zweijahresrhythmus erforscht, wie sich Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Bevölkerung in Deutschland entwickeln. Ziel ist es, die in der Gesellschaft vorhandenen Denk- und Handlungsmuster zu verstehen und die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen vorausschauend in eine bürgernahe, partizipative, zukunftsweisende und nachhaltige Politik einfließen zu lassen.

Bei der vorliegenden Studie von 2018 wurde (ebenso wie 2014 und 2016) eine Onlinebefragung durchgeführt. Die Repräsentativität der Stichprobe für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren ist methodisch sichergestellt.

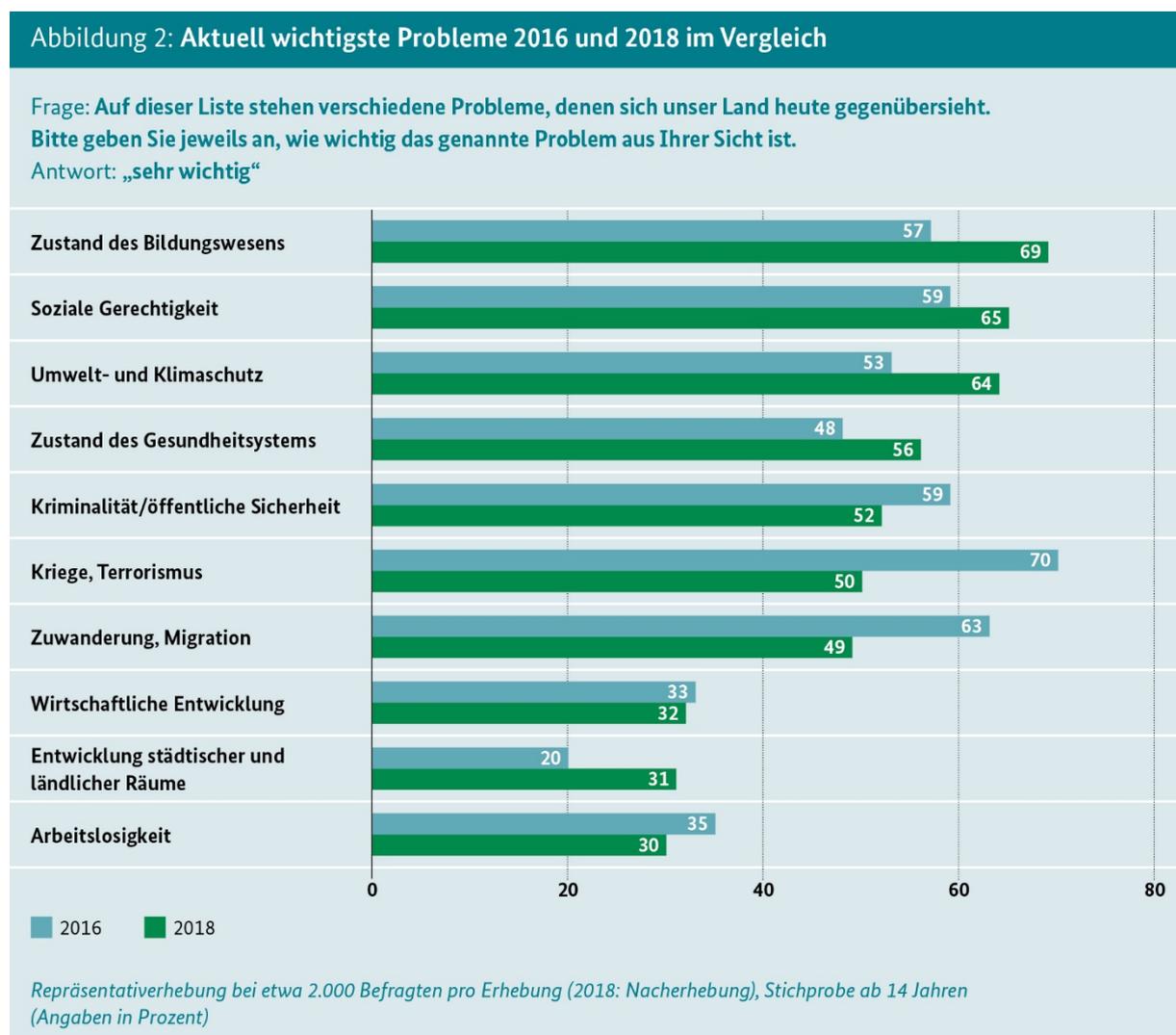
Die Befragung wurde in zwei Erhebungswellen im August und September 2018 durchgeführt. Für jede Erhebungswelle wurde eine Stichprobe von circa 2.000 Personen befragt. Die Stichproben sind im Hinblick auf ihre Struktur identisch, es handelt sich aber nicht um dieselben Personen. Insgesamt haben somit mehr als 4.000 Menschen an der Studie teilgenommen.

Vor der Befragung wurde eine qualitative Studie mit sechs Fokusgruppen durchgeführt. An diesen moderierten Gruppendiskussionen nahmen insgesamt 54 Personen teil. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienten der Vorbereitung der Repräsentativerhebung der eigentlichen Studie und wurden bei der Interpretation der Daten berücksichtigt. Außerdem fanden im Vorfeld der Repräsentativbefragung zwei „Pretests“ mit jeweils 500 Befragungspersonen statt, um neu entwickelte Fragen empirisch zu erproben.

1) Der Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes ist gestiegen

Rund zwei Drittel der Befragten schätzen im Jahr 2018 den Umwelt- und Klimaschutz als eine sehr wichtige Herausforderung ein. Im Vergleich zu 2016 ist das eine Zunahme um 11 Prozent (siehe auch Langfassung der Umweltbewusstseinsstudie, S. 17).

Die Teilnehmenden der Umweltbewusstseinsstudie waren aufgefordert zu bewerten, wie wichtig sie zehn verschiedene gesellschaftliche Herausforderungen finden, die ihnen in einer Liste vorgegeben waren. Umwelt- und Klimaschutz stufen 64 Prozent als sehr wichtige Herausforderung ein und geben ihm eine ähnlich hohe Bedeutung wie den beiden Top-Themen Bildung (69 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (65 Prozent). Der Umwelt- und Klimaschutz liegt im Vergleich zu der vorherigen Befragung im Jahr 2016 um elf Prozentpunkte höher. In der Altersgruppe der 14- bis 19-Jährigen halten sogar 78 Prozent den Umwelt- und Klimaschutz für sehr wichtig.

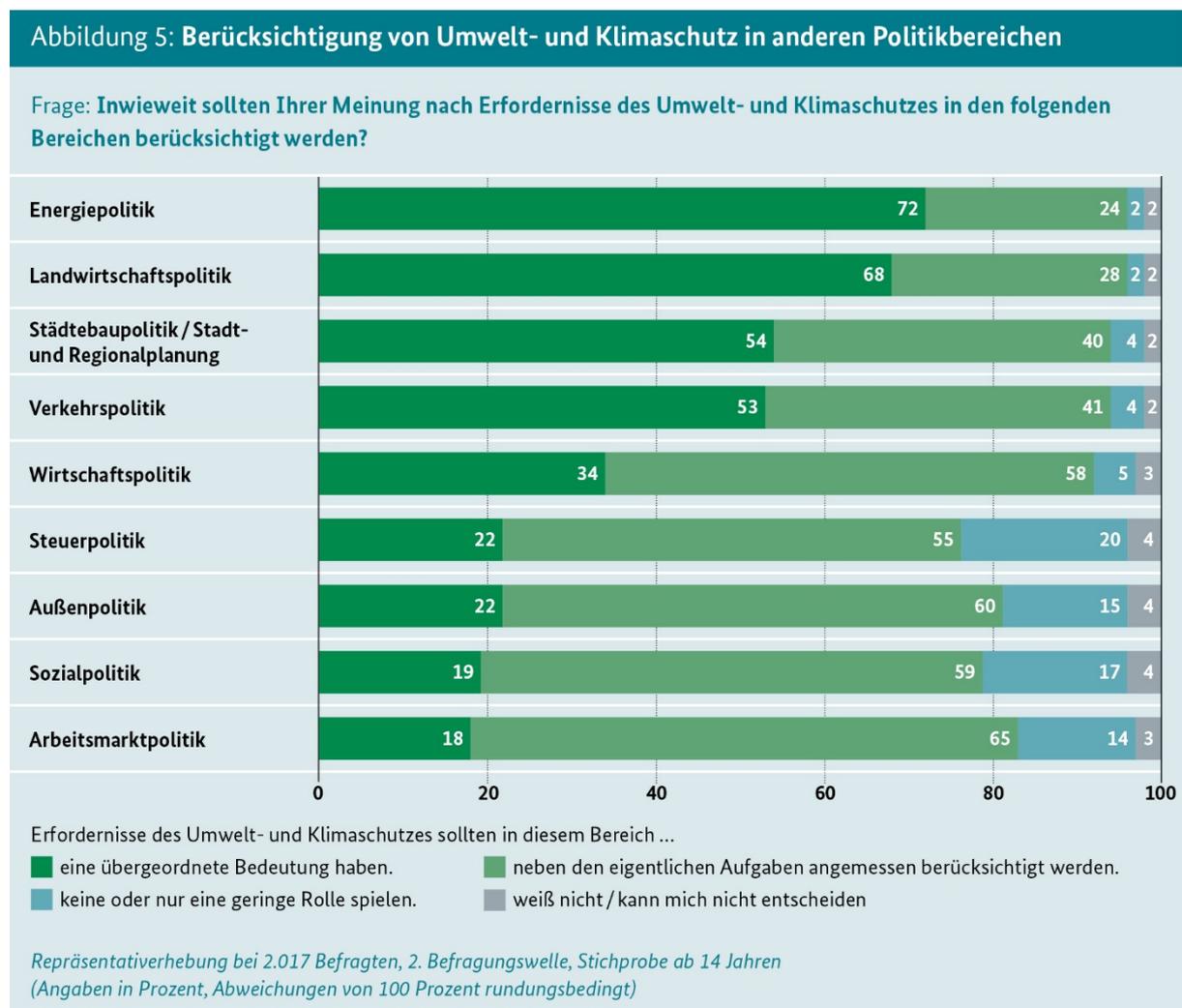


2) Umwelt und Klima sollen mit anderen Politikbereichen verzahnt werden

Die Befragten sehen die Notwendigkeit, Umwelt- und Klimaschutz in andere Politikbereiche zu integrieren. Das gilt insbesondere für die Bereiche Energie- und, Landwirtschaftspolitik, den Städtebau bzw. Stadt- und Regionalplanung sowie die Verkehrspolitik (siehe auch Langfassung der Umweltbewusstseinsstudie, S. 20).

Die Studienteilnehmenden sollten angeben, inwieweit Erfordernisse des Umwelt- und Klimaschutzes in den anderen Politikbereichen berücksichtigt werden sollten. Die Befragten sind mehrheitlich der Meinung, dass Umwelt- und Klimaschutz in den Bereichen Energie (72%), Landwirtschaft (68%), Städtebau bzw. Stadt- und Regionalplanung (54%) sowie Verkehr (53%), eine übergeordnete Bedeutung haben sollte. Diese stellen zentrale Schlüsselbereiche für den Umwelt- und Klimaschutz dar.

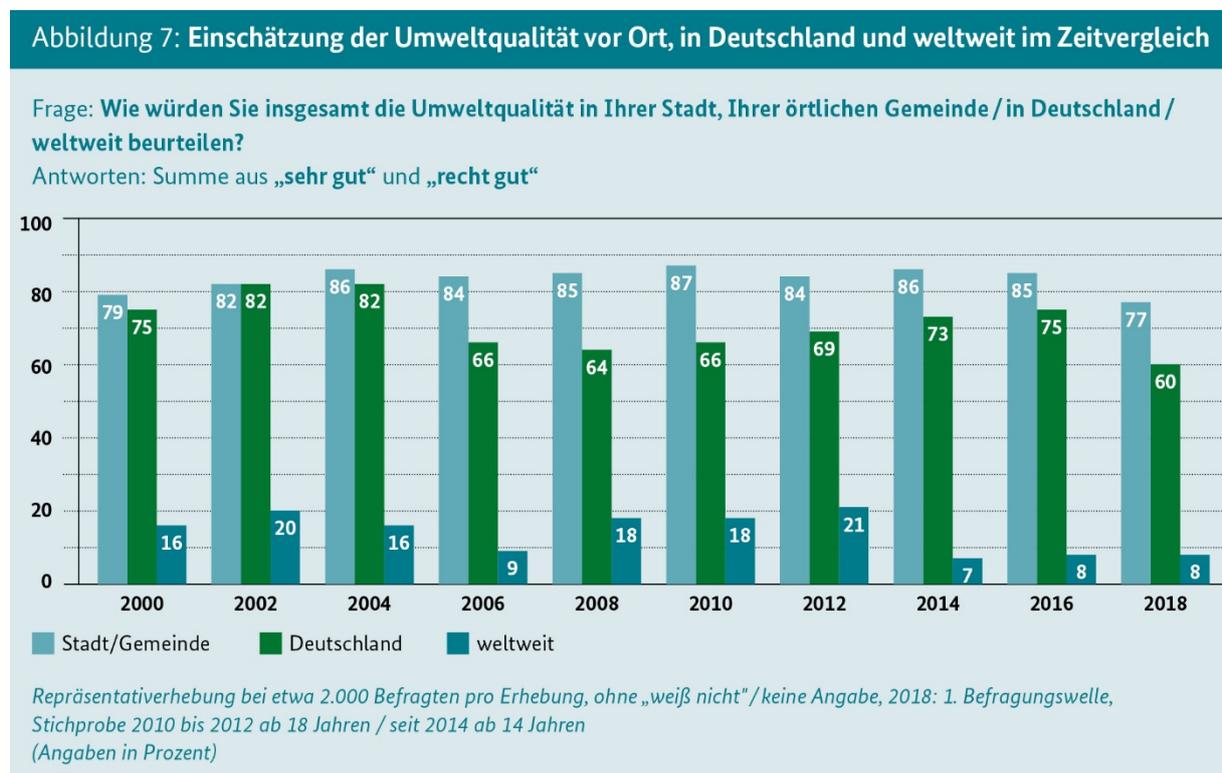
Energie, Landwirtschaft und Verkehr sind ausgewählte Schwerpunktthemen der Umweltbewusstseinsstudie 2018. Auf diese sektorenspezifischen Ergebnisse wird im Folgenden näher eingegangen.



3) Der Zustand der Umwelt wird insgesamt schlechter bewertet

Die Umweltqualität in Deutschland und in der eigenen Gemeinde wird 2018 deutlich schlechter bewertet als in den früheren Befragungen (siehe auch Langfassung der Umweltbewusstseinsstudie, S. 22).

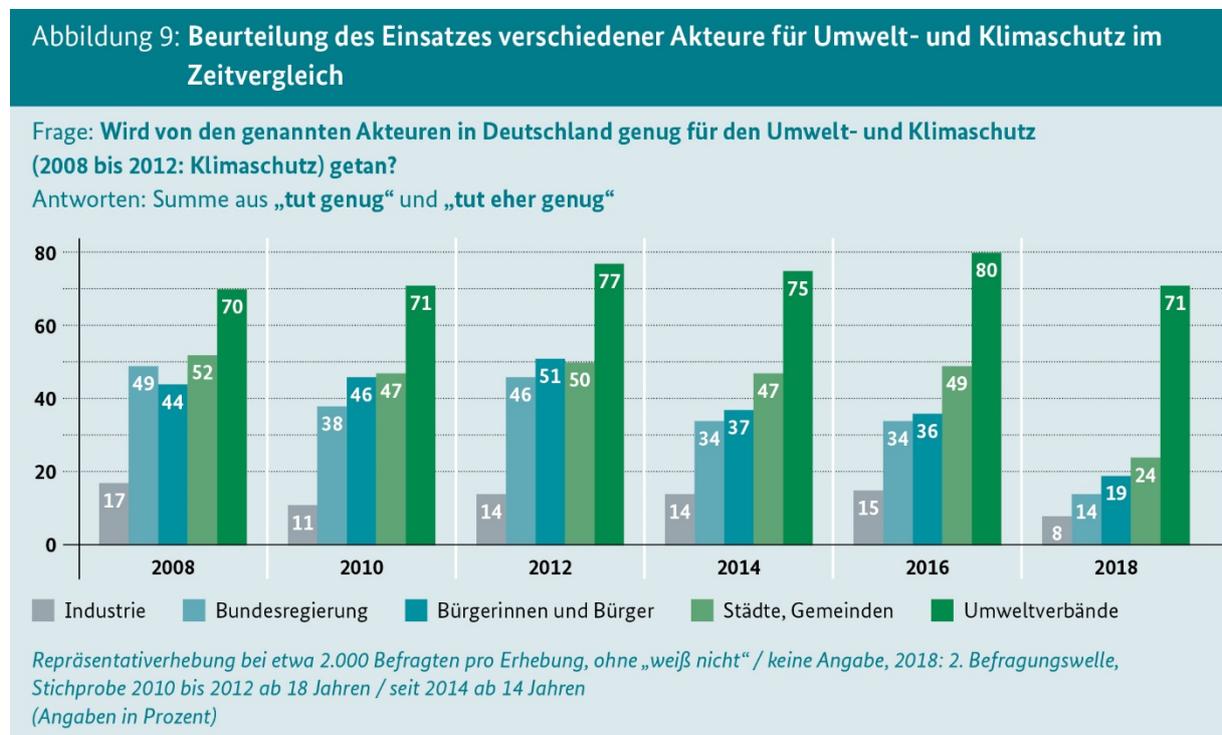
Die Qualität der Umwelt in Deutschland wird von 60 Prozent der Befragten als sehr gut oder recht gut bewertet, bei der letzten Befragung waren es noch 75 Prozent. Die Umweltqualität in der eigenen Stadt oder Gemeinde Prozent wird von 77 Prozent als (recht) gut eingeschätzt, das sind 8 Prozentpunkte weniger als 2016. Die globale Umweltqualität wird weiterhin überwiegend als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt; nur 8 Prozent halten sie für gut.



4) Die Zufriedenheit mit dem, was für Umwelt und Klima getan wird, geht zurück

Das Engagement relevanter Akteure für den Umwelt- und Klimaschutz wird deutlich kritischer bewertet als 2016 (siehe auch Langfassung der Umweltbewusstseinsstudie, S. 23).

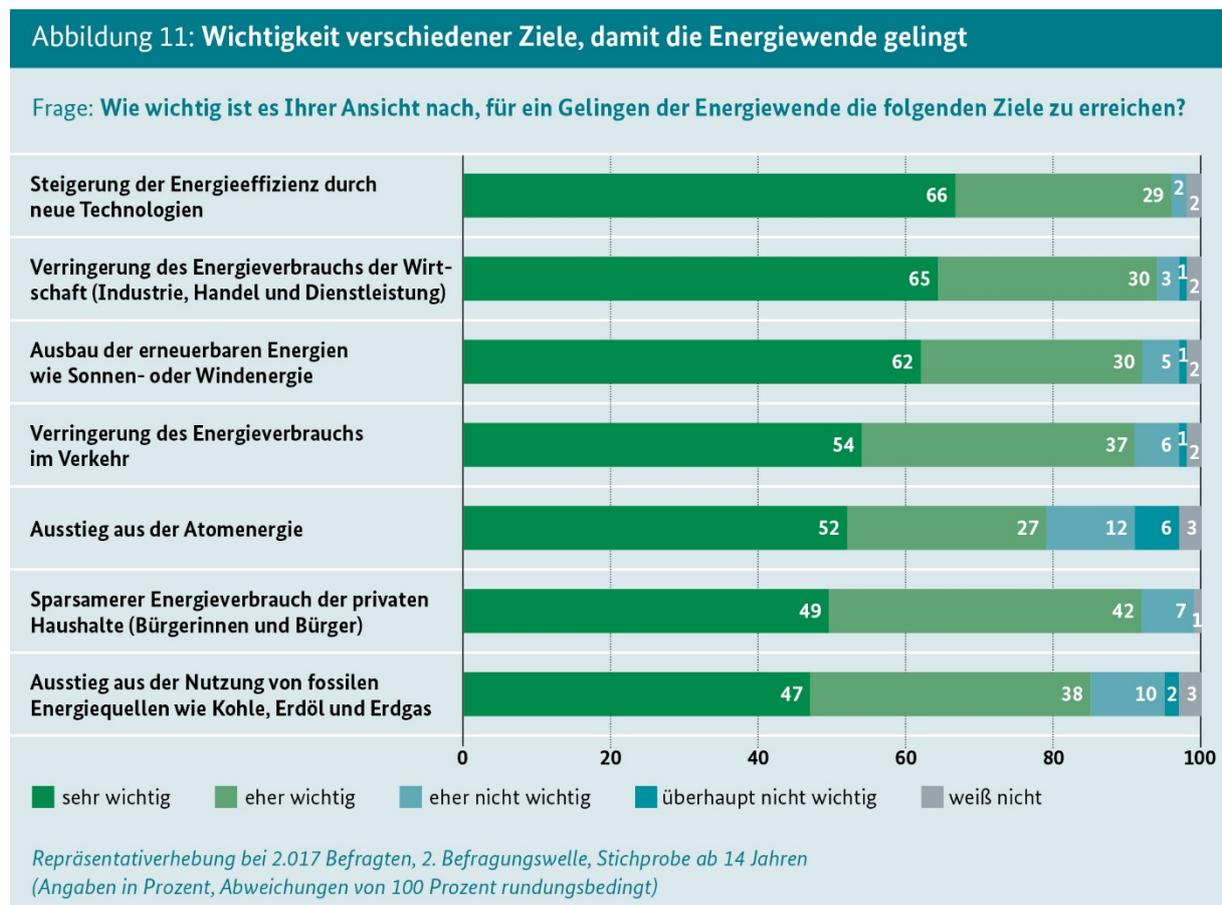
Verglichen mit 2016 wird vielen Akteuren nur noch etwa halb so häufig ein ausreichendes Engagement zum Schutz von Umwelt- und Klima attestiert: Bei Städten und Gemeinden sinkt die Einschätzung, dass diese genug oder eher genug tun, von 49 auf 24 Prozent, bei der Bundesregierung von 34 auf 14 Prozent sowie bei der Industrie von 15 auf acht Prozent. Auch die Einschätzung, dass die Bürgerinnen und Bürger (eher) genug tun, hat sich von 36 Prozent 2016 auf nun 19 Prozent beinahe halbiert. Einzige Ausnahme: Bei den Umweltverbänden meinen 71 Prozent der Befragten, dass sie genug oder eher genug für den Umwelt- und Klimaschutz tun – 2016 sahen dies noch 80 Prozent so.



5) Die Zustimmung zur Energiewende ist grundsätzlich hoch

Eine deutliche Mehrheit steht hinter der Energiewende. Es besteht aber überwiegend die Meinung, dass diese zu langsam vorangeht. Auch meinen viele der Befragten, dass die Kosten in Deutschland zu ungleich verteilt sind (siehe auch Langfassung der Umweltbewusstseinsstudie, S. 30 und 32).

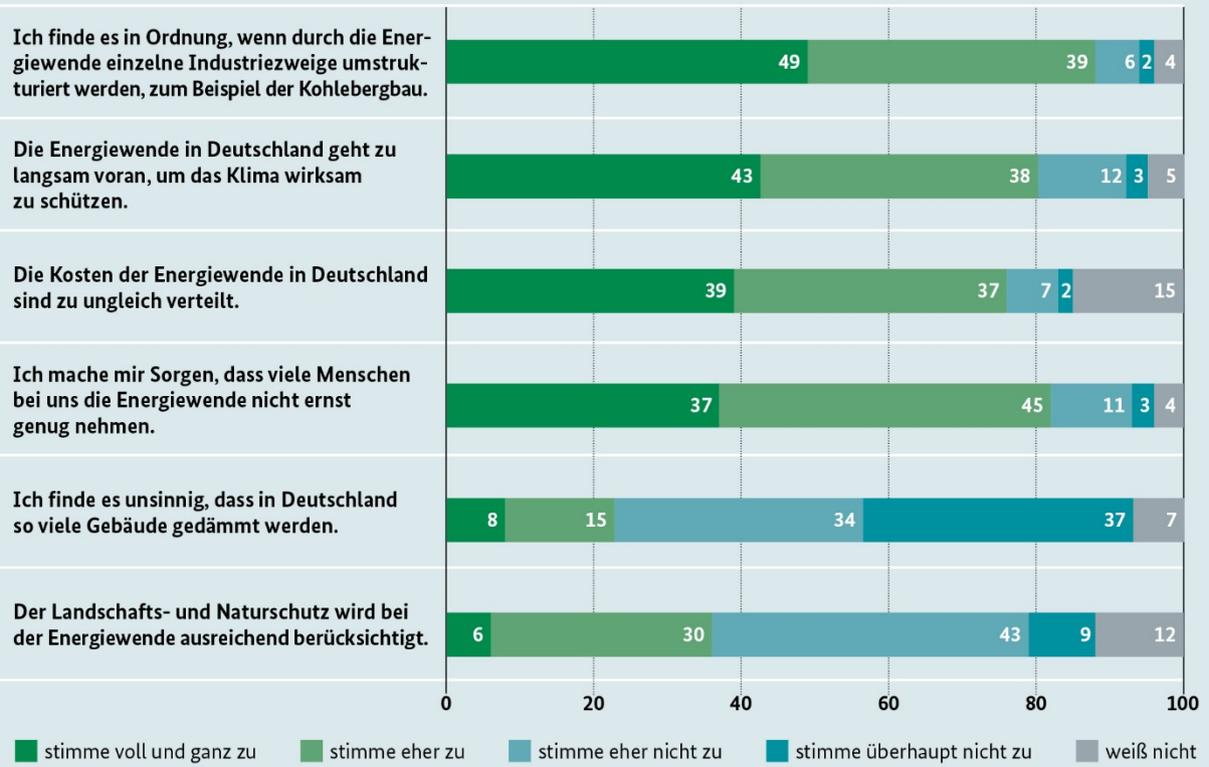
Es gibt eine sehr hohe Zustimmung zu den Zielen und Strategien der Energiewende. 95 Prozent befürworten die Steigerung der Energieeffizienz durch neue Technologien (66% finden diese sehr wichtig, weitere 29% eher wichtig), und 92 Prozent den Ausbau der erneuerbaren Energien (62% sehr wichtig, 30% eher wichtig).



88 Prozent finden es in Ordnung, wenn durch die Energiewende einzelne Industriezweige umstrukturiert werden, zum Beispiel der Kohlebergbau (49 % voll und ganz, 39 % eher). 81 Prozent sind der Meinung (43% voll und ganz, 38% eher), dass die Energiewende zu langsam vorangeht. Zudem bemängeln 76 Prozent der Befragten (39% voll und ganz, 37% eher), dass die Kosten der Energiewende zu ungleich verteilt sind.

Abbildung 14: Zustimmung zu politischen Aussagen zur Energiewende

Frage: Im Folgenden sehen Sie noch einige Aussagen, die mit der Energiewende zu tun haben.
Inwieweit stimmen Sie diesen Aussagen zu?

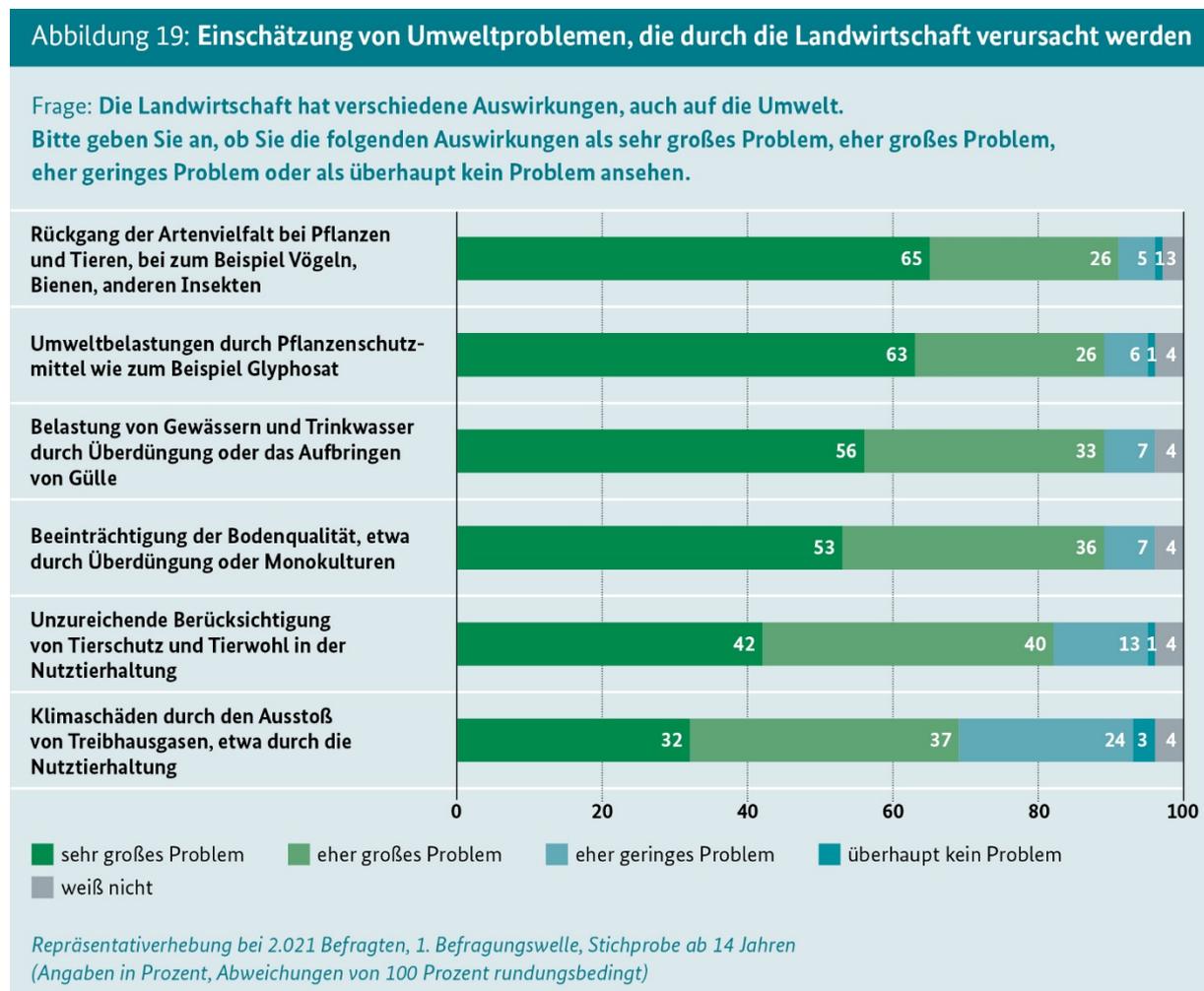


Repräsentativerhebung bei 2.017 Befragten, 2. Befragungswelle, Stichprobe ab 14 Jahren
(Angaben in Prozent, Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt)

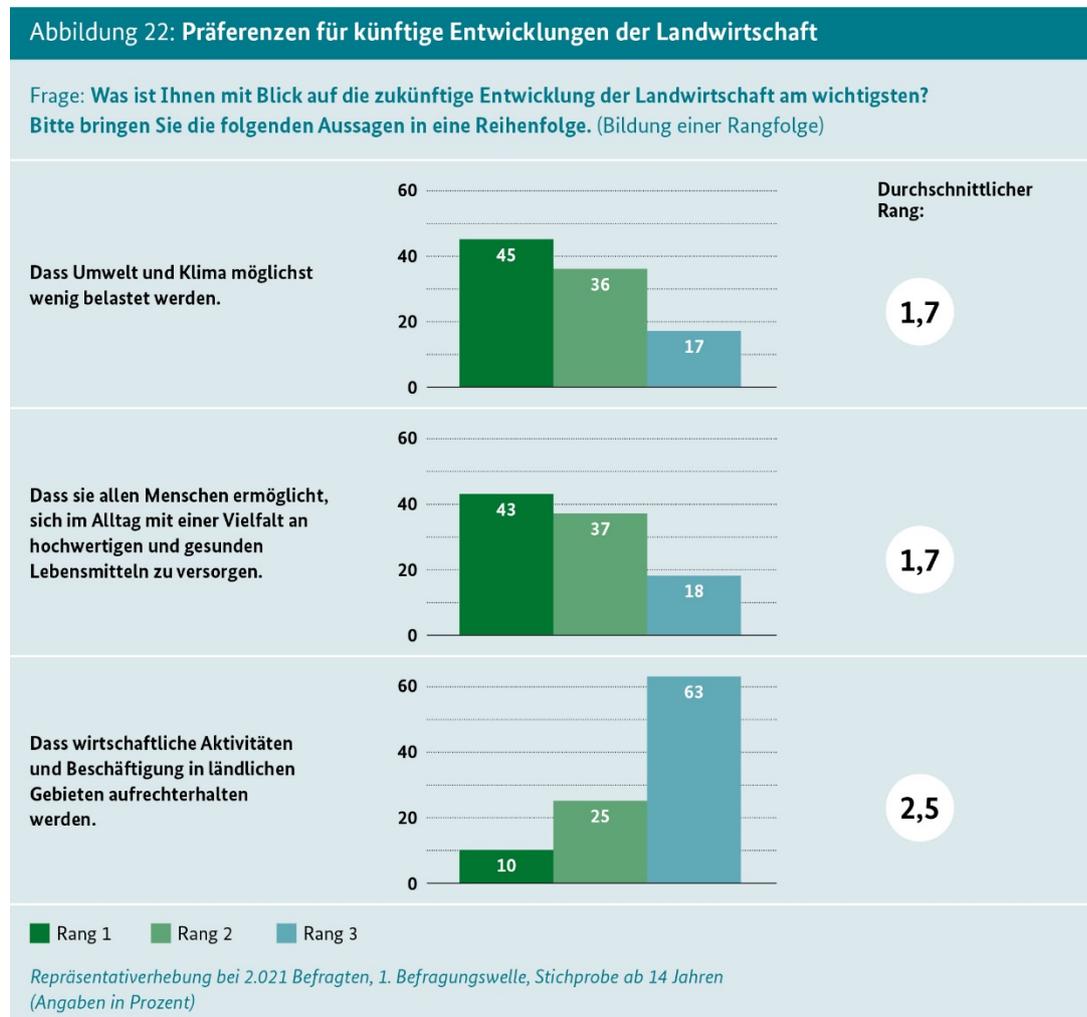
6) Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sollen in der Landwirtschaft eine größere Rolle spielen

Die Befragten äußern sich sehr besorgt über die Auswirkungen auf Natur und Umwelt, die von der Landwirtschaft ausgehen. Die Befragungsergebnisse zeigen zudem eine große Diskrepanz zwischen den Präferenzen der Befragten und den wahrgenommenen Prioritäten der Landwirtschaftspolitik (siehe auch Langfassung der Umweltbewusstseinsstudie S. 42, 45 und 46).

65 Prozent der Teilnehmenden betrachten den Rückgang der Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren sowie 63 Prozent den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln als sehr große Probleme der Landwirtschaft. Die Belastung der Wasser- und Bodenqualität, z.B. durch Überdüngung, sehen 56 bzw. 53 Prozent als sehr große Probleme an.



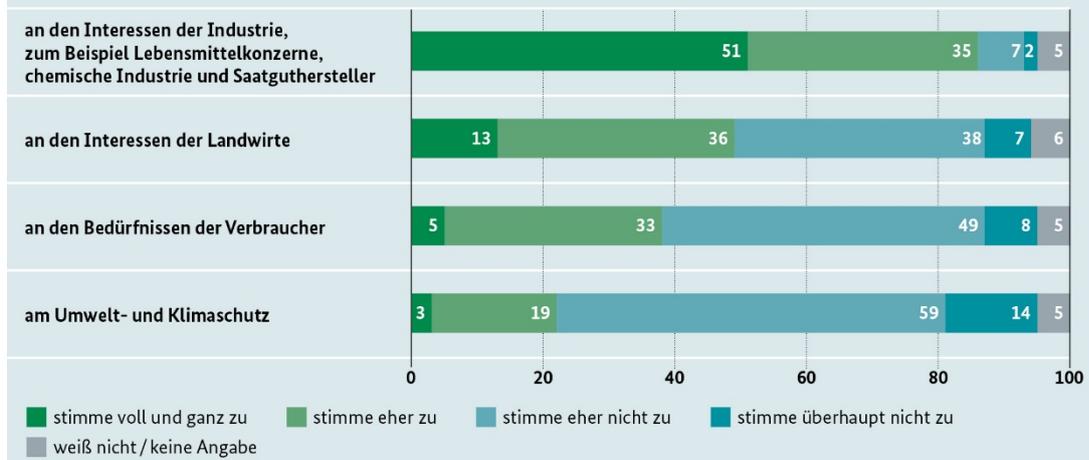
Gefragt nach ihren Präferenzen für die zukünftige Landwirtschaft – in Form einer Rangfolge – geben 45 Prozent an, dass ihnen möglichst geringe Umwelt- und Klimabelastungen am wichtigsten sind. 43 Prozent nennen die Versorgung der Menschen mit einer Vielfalt an hochwertigen und gesunden Lebensmitteln als oberste Priorität. 43 Prozent nennen die Versorgung der Menschen mit einer Vielfalt an hochwertigen und gesunden Lebensmitteln als oberste Priorität. 43 Prozent nennen die Versorgung der Menschen mit einer Vielfalt an hochwertigen und gesunden Lebensmitteln als oberste Priorität.



Allerdings meinen nur drei Prozent der Befragten, dass sich die Landwirtschaftspolitik voll und ganz am Umwelt- und Klimaschutz orientiert. Lediglich 5 Prozent meinen, dass sie voll und ganz auf die Bedürfnisse der Verbraucher/-innen ausgerichtet ist. Dagegen stimmen 51 Prozent voll und ganz zu, dass sich die Landwirtschaftspolitik an den Interessen der Industrie orientiert (vgl. Abb. 23).

Abbildung 23: Wahrgenommene Prioritäten der Landwirtschaftspolitik

Frage: Im Folgenden sehen Sie verschiedene Aussagen zur Landwirtschaftspolitik in Deutschland.
Bitte geben Sie an, inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen.
Die Landwirtschaftspolitik in Deutschland orientiert sich vor allem ...

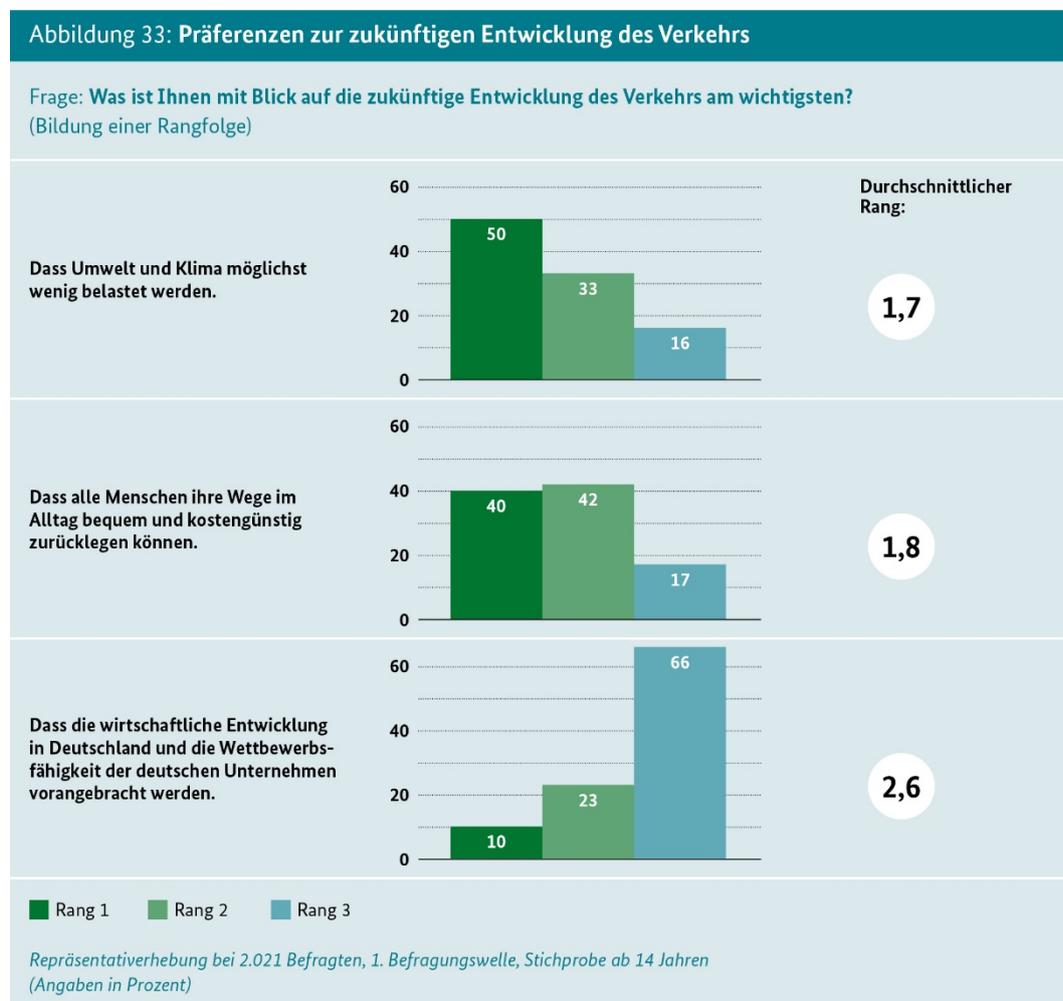


Repräsentativerhebung bei 2.021 Befragten, 1. Befragungswelle, Stichprobe ab 14 Jahren
(Angaben in Prozent, Abweichungen von 100 Prozent rundungsbedingt)

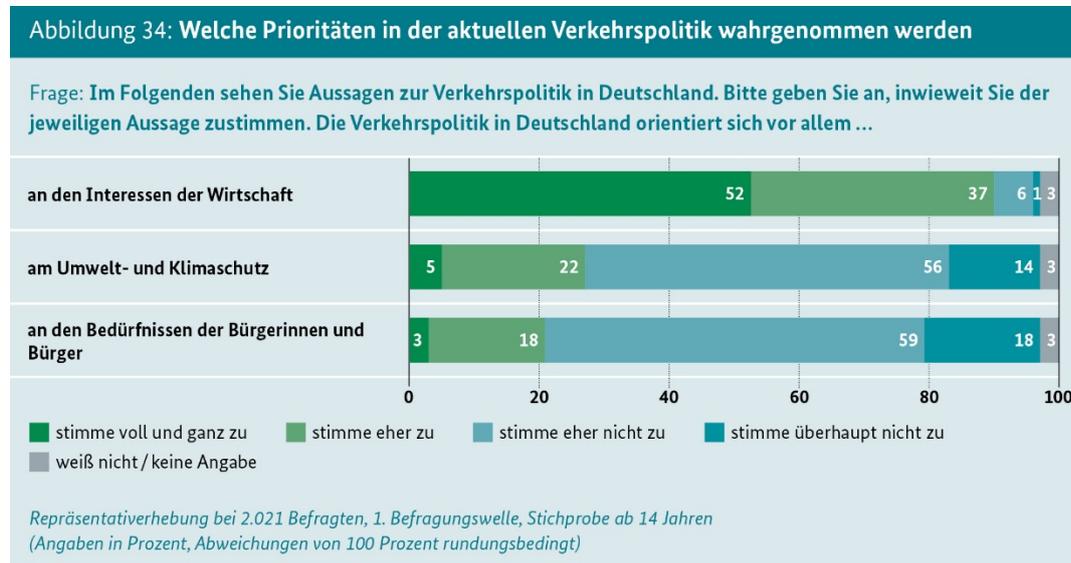
7) Der Verkehr soll umweltschonender und klimafreundlicher werden, umweltverträgliche Mobilitätsformen müssen alltagstauglicher werden

Bei der Mobilität besteht ebenfalls ein starker Widerspruch zwischen den Prioritäten der Befragten und den wahrgenommenen Prioritäten der Politik. Für eine Verkehrswende braucht es bessere Rahmenbedingungen für umweltverträgliche Mobilitätsformen (siehe auch Langfassung der Umweltbewusstseinsstudie S. 58, 61 und 62).

Die Teilnehmende der Studie sprechen sich mehrheitlich dafür aus, dass ökologische Ziele bei der zukünftigen Gestaltung des Verkehrs in Deutschland Vorrang haben sollten (für 50 Prozent Rang eins). Ebenfalls sehr wichtig vielen, dass die Menschen ihre Wege im Alltag bequem und kostengünstig zurücklegen können (für 40 Prozent Rang eins).



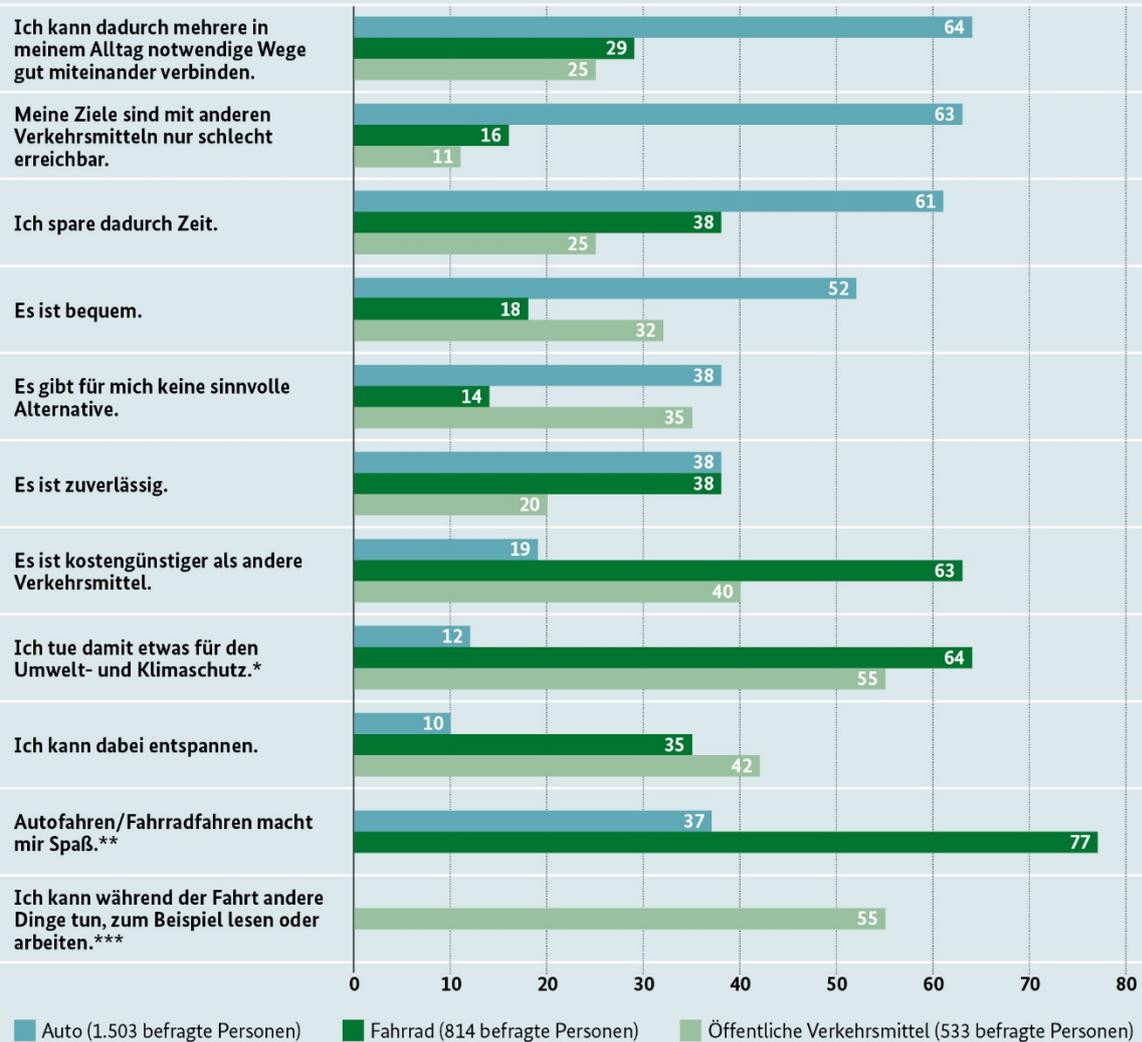
Die Befragten haben allerdings mehrheitlich den Eindruck, dass sich die Verkehrspolitik vor allem an den Interessen der Wirtschaft orientiert (52 Prozent stimmen voll und ganz zu) und kaum am Umwelt- und Klimaschutz (nur fünf Prozent stimmen voll und ganz zu) oder den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger (drei Prozent voll und ganz).



Über 60 Prozent derjenigen, die regelmäßig Auto fahren, begründen dies mit alltagspraktischen Erfordernissen: Man kann verschiedene Wege miteinander verbinden (64%) und Zeit sparen (61%). Oder die Ziele sind mit anderen Verkehrsmitteln nur schlecht zu erreichen (63%). Für eine Verkehrswende sind daher attraktive und alltagskompatible Alternativen zum eigenen Auto erforderlich.

Abbildung 30: Auto, Rad oder Öffentliche – Gründe für Verkehrsmittelnutzung im Vergleich

Frage: Warum nutzen Sie das Verkehrsmittel für Ihre Wege im Alltag? (Mehrfachantworten)



* Statt dieser Frage wurde bei Autonutzung die Aussage zur Beantwortung vorgelegt:

„Ich fahre ein sparsames oder umweltfreundliches Auto und belaste Umwelt und Klima damit nur wenig.“

** „Macht Spaß“ nur bei Fahrrad- und Autonutzung erhoben

*** Nur bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erhoben (als „Spaß“-Äquivalent).

Repräsentativerhebung, Anzahl Befragte siehe Legende, 1. Befragungswelle, Stichprobe ab 14 Jahren, Anteil der Befragten, die das jeweilige Verkehrsmittel mindestens einmal in der Woche nutzen (Angaben in Prozent)